



AUFRUF AN DEN LANDTAG DER AUTONOMEN PROVINZ BOZEN-SÜDTIROL ZUR EINRICHTUNG EINER ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE

Prämisse

Eine Antidiskriminierungsstelle stellt ein bedeutendes Instrument zur Bekämpfung von Benachteiligungen dar, indem sie u.a. in der Beobachtung, Registrierung, Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung, Information und Unterstützung von Betroffenen diskriminatorischer Akte aktiv ist.

Unterschiedliche Aspekte können zu ungerechtfertigten Ungleichbehandlungen von Personen, d.h. zu Diskriminierungen, führen: z.B. Ethnie, Religion, „Rasse“¹¹, körperliche und/oder geistige Verfassung, Alter, Geschlechter, sexuelle Orientierung und persönliche Überzeugungen.

Das Landesgesetz vom 16. Oktober 2014, Nr. 9 nimmt auf das Landesgesetz vom 28. Oktober 2011, Nr. 12 Bezug und sieht in Art. 2, Abs. 3 die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle „beim Südtiroler Landtag“ vor.

Die Organisationen, die sich heuer an „Stop racism!“ Aktionswochen gegen Rassismus beteiligt haben, wenden sich mit diesem Aufruf an alle im Südtiroler Landtag vertretenen politischen Kräfte und fordern von ihnen die Einrichtung der gesetzlich vorgesehen Antidiskriminierungsstelle.

¹¹ Wie die genetische Forschung bewiesen hat, lässt sich die Menschheit nicht in unterschiedliche „Rassen“ unterteilen. Ihre Einteilung ist somit als bloße soziale Konstruktion zu verstehen, die bis heute auch schwerwiegende Benachteiligungen zur Folge hat.

Warum ein Aufruf von Seiten der Organisationen?

Die Südtiroler Akteur*innen der sozialen Freiwilligenarbeit stellen fest, dass trotz des Vorhandenseins einiger Schutzorgane in der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol im Bereich der Antidiskriminierung folgenden Funktionen fehlen:

- gezielte Beobachtung von Diskriminierungen;
- Aufnahme von Beschwerden durch die Betroffenen und/oder Zeug*innen diskriminatorischer Akte;
- Aufklärung und Sensibilisierungsarbeit in der Südtiroler Bevölkerung zur Problematik von Diskriminierungen und Beförderung einer Kultur der Gleichbehandlung;
- direkte und/oder indirekte Unterstützung durch ein Netzwerk anerkannter Akteure, die auch rechtliche Schritte zum Schutz von Betroffenen von Diskriminierungen vornehmen können.

Mit dem Ziel der Funktionstüchtigkeit der vorgesehen Antidiskriminierungsstelle fordern die unterzeichnenden Organisationen den Südtiroler Landtag dazu auf:

- die zukünftige Antidiskriminierungsstelle organisatorisch autonom und finanziell handlungsfähig einzurichten;
- ihr in Hinblick auf die Institutionen und die Verursacher von Diskriminierungen Handlungs- und Entscheidungsspielraum zuzugestehen;
- ihre Leitung derart zu gestalten, dass sich die lokalen Organisationen im Sozialbereich ebenso wie Vertreter*innen von potenziell Betroffenen in ihren Organen wiedefinden.

Die Unterzeichner*innen dieses Aufrufs:

Südtiroler Organisationen, die bei U.N.A.R., der Nationalen Antidiskriminierungsstelle unter Leitung der Präsidentschaft des Ministerrats, registriert sind

(gemäß des Registers der Organisationen, die sich in der Bekämpfung von Diskriminierungen und in der Beförderung gleichberechtigter Behandlungen engagieren, eingerichtet mit Art. 6 des Gesetzesdekrets vom 9. Juli 2003, Nr. 215, Stand der letzten Aktualisierung am 1.2.2017):

Donne Nissà

Fondazione Alexander Langer Stiftung

Nevo Drom

Porte Aperte – Offene Türen

Weitere Südtiroler Organisationen

ANPI

Arbeitsgemeinschaft der Jugenddienste

Binario 1 / Bahngleis 1

Bozen Accoglie

BozenSolidale

Caritas Diözese Bozen-Brixen / Diocesi Bolzano-Bressanone

Centaurus Arcigay Alto Adige Südtirol

Centro di Ricerca e Formazione sull'Intercultura

Emergency Gruppo Bolzano

Forum per cambiare l'ordine delle cose

Forum Prävention / Prevenzione

Giovani di Azione Cattolica

HdS –Haus der Solidarität / Casa della solidarietà

HRI –Human Rights International

Katholische Jungschar Südtirols

oew –Organisation für Eine solidarische Welt

Operation Daywork

Pastorale Giovanile

Rete dei diritti dei senza voce

SCIOGLILINGUA –Associazione di volontariato

SOS Bozen

Südtirols Katholische Jugend

Südtiroler Pfadfinderschaft

Bozen, 21.3.2019